

Meine Lebensgeschichte >>> Staatsbürgerliche - Informationen

1. >>> Die Sowjetisierung Mitteldeutschlands

So bin ich an die 50 Jahre alten >>> nachfolgenden Informationshefte gekommen...

Im Oktober 2018 erhielt ich einen Anruf von Frau Sabine Schwiers, einer Buchautorin und (Hrsg.) bei dem B. Kühlen - Verlag - Mönchengladbach. Sie hatte 2015 ein Buch mit dem Titel: >>> *Gedankensteine II - Erfahrungen in und mit der DDR: Zeitzeugen erzählen* < herausgebracht.

In diesem Buch erzählen 24 Personen, über ihr Schicksal in und mit der DDR.

Auch ich konnte hier, meine gescheiterte... und gelungene - Fluchtgeschichte aus der DDR in die BRD veröffentlichen.

Frau S. Schwiers hatte mich im Okt. 2018 angerufen und um ein Treffen mit einer Frau H. Ma...-Ba... gebeten. Wir trafen uns in einem Bistro in Mönchengladbach.

Hier erfuhr ich, Frau H. Ma...- Ba... hatte Vorfahren, (Boneß) die im gleichen Dorf wohnten, wie meine Eltern und Großeltern. Da auch der Familiennahme Ma.. in meiner Linie vorkommt, besteht die Möglichkeit mit einander verwandt zu sein.

Bei einem 2. Treffen im Elternhaus von Frau Ma... lernte ich auch noch zwei ihrer Brüder kennen.

Hier tauschten wir dann noch Unterlagen und Dokumente aus.

Auch die Nachfolgenden Informations- Hefte 2 + 3

Frau H. Ma... die mit ihrer Familie in Neuseeland lebt, war längere Zeit in Deutschland (NRW) bei ihren pflegebedürftigen Eltern...

| | | |
|---|---|--|
|  | <p>Sabine Schwiers Gedankensteine II Erfahrungen in und mit der DDR: Zeitzeugen erzählen</p> <p>„Reden ist Silber, Schweigen ist Gold“, so lautet ein allgemein bekanntes Sprichwort. Im Hinblick auf die Geschichte des geteilten Deutschlands und der DDR mag dies auf den ersten Blick eher für diejenigen Gültigkeit haben, die eng mit dem sozialistischen Regime zusammengearbeitet haben oder ihm als Helfershelfer dienlich waren. Doch auch für diejenigen, die Opfer dieses Systems waren und nach wie vor unter Ängsten und Bedrohungen leben – was mir als Westdeutsche zunächst gar nicht so bewusst war – ist das Sprichwort ebenfalls zutreffend. So erzählten einige Zeitzeugen, dass nach wie vor Stasi-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter ihren ehemaligen Opfern unverblümt mit Vergeltung drohen, sollten sie auf die Idee kommen, sie zu verraten. Den Verantwortlichen sei daran gelegen, ihre Taten im Verborgenen zu halten.</p> <p>Allerdings gibt es auch Menschen, denen trotz alledem an Aufklärung und Aufarbeitung liegt, Menschen, die das Sprichwort umkehren würden in „Schweigen ist Silber, Reden ist Gold“. Einige von ihnen, denen besonders Schlimmes widerfahren ist, sind fest entschlossen, ihren Beitrag zu leisten, damit möglichst viele Bundesbürger, Westdeutsche wie Ostdeutsche, erfahren, was damals in der DDR geschehen ist.</p> <p>GEDANKENSTEINE II 480 Seiten mit farbigen Abb., 13,5×21 cm, 28,90 EUR, ISBN 978-3-87448-458-9</p> |  <p>Mit Sabine Schwiers - 2015 - >Danke<</p> |
|---|---|--|

| | |
|--|--|
|  <p>M. Bonneß H. Ma... - Ba... - 2018 - >Danke<</p> | |
|--|--|

STAATSBÜRGERLICHE

Informationen

Folge 98 / März – April 1962

Postkennziffer 1Y 6435 E

Die Sowjetisierung Mitteldeutschlands





Im Sommer 1961 erreichte die Flüchtlingsbewegung aus der Sowjetzone einen neuen Höchststand. Die Drohungen der Machthaber, der Fluchtweg werde in naher Zukunft versperrt werden, trieb täglich Tausende von Menschen dazu, ihre mitteldeutsche Heimat zu verlassen. — Notaufnahmelager Marienfelde im Juni 1961. Foto: USIS

I. ALLGEMEINE ANGABEN

Rechtsslage — Land und Leute — Das Prinzip der Wiedervereinigung

Mitten in Deutschland liegt die *Sowjetische Besatzungszone Deutschlands* — kein eigenständiger „deutscher Staat“, sondern ein Teil des geteilten gesamtdeutschen Staatskörpers, zu dem rechtlich die aus den westlichen Besatzungszonen hervorgegangene *Bundesrepublik Deutschland*, die *Sowjetische Besatzungszone*, die unter besonderem Rechtsstatus stehende deutsche Hauptstadt *Berlin* und die unter fremde Verwaltung gestellten *deutschen Ostgebiete* gehören.

Das geteilte Deutschland

| Gebietsteil | Fläche in qkm | Einwohner in Millionen | |
|--|------------------|---------------------------|-------------------|
| | | 1939 | 1961 |
| Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) . | 248 433 | 42,9 | 55,9 |
| [davon Berlin (West)] . | [480] | [2,7] | [2,2] |
| Sowjetische Besatzungszone . . . | 107 431 | 15,1 | 16,0 |
| Sowjetsektor von Berlin | 403 | 1,5 | 1,0 |
| Deutsche Ostgebiete unter fremder Verwaltung | 114 143 | 9,6 | 0,7*) Deutsche |

*) Nach privater Berechnung.

Die Sowjetische Besatzungszone (SBZ) ist gewissermaßen die Mitte des geteilten Deutschland, und nicht zu unrecht bezeichnet man sie auch als „Mitteldeutschland“ (wenngleich dieser Begriff geographisch nicht ganz korrekt ist). Falsch hingegen ist es, hier von der „Ostzone“ oder gar von „Ostdeutschland“ zu sprechen; denn den *Osten Deutschlands* bilden die Provinzen Ostpreußen und Schlesien und die ebenfalls jenseits der Oder und Neiße gelegenen Teile der Provinzen Pommern und Mark Brandenburg (und — um genau zu sein — der östlich der Neiße gelegene Teil des sächsischen Kreises Zittau).

Eine Sonderstellung im geteilten Deutschland nimmt die deutsche Hauptstadt ein. Das Gebiet „Groß-Berlin“ gehört nicht zu den vier Besatzungszonen, über die sich die Siegermächte in den Jahren 1944/45 geeinigt hatten; Berlin besitzt vielmehr einen besonderen *Viermächte-Status*. In

Seit dem 13. August läßt das Ulbricht-Regime überall an der Zonengrenze in fieberhafter Arbeit den Todesstreifen verbreitern und einen zweiten Stacheldrahtzaun aufstellen. — Im Bild: Zonengrenze zwischen Ratzeburg (Schleswig-Holstein) und Gadebusch (Mecklenburg). Foto: dpa

der politischen Wirklichkeit allerdings spiegelt sich auch in Berlin die Spaltung Deutschlands wider: Die Sektoren der westlichen Besatzungsmächte sind ein Stück der freien Welt, und der sowjetisch besetzte Sektor steht unter kommunistischer Herrschaft. Seit dem 13. August 1961 ist der Sowjetsektor durch die Ulbricht-Mauer und durch streng bewachte Stacheldrahtzäune vom westlichen Teil der Stadt abgeriegelt. Der Eiserne Vorhang verläuft jetzt mitten durch Deutschland, rings um den freien Teil Berlins und mitten durch Berlin.

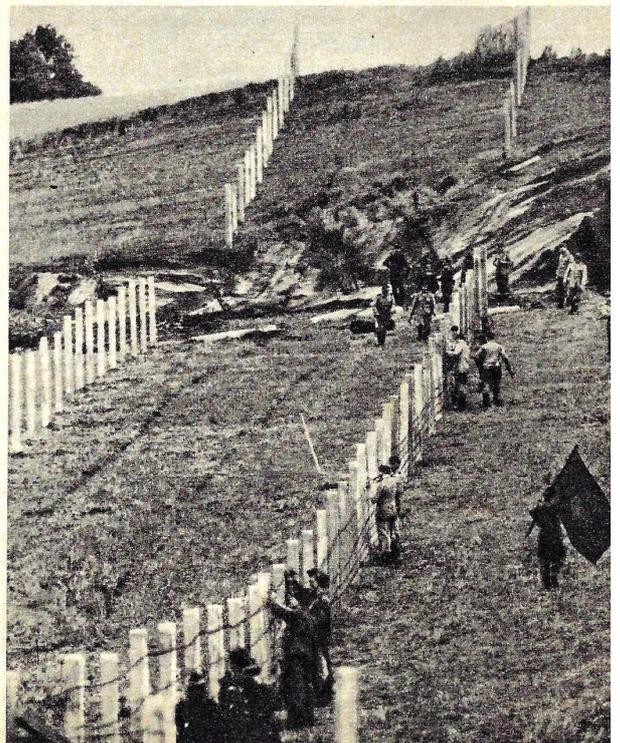
* * *

In der Sowjetzone Deutschlands und im Berliner Sowjetsektor leben (nach dem Stand von 1960) etwa 17 Millionen Deutsche; bis zum 13. August 1961 verringerte sich infolge des *Flüchtlingsstromes* Jahr für Jahr beträchtlich die Zahl der Einwohner; sie hatte im Jahre 1950 noch 18,3 Millionen betragen.

Die Flucht aus der Sowjetzone und dem Sowjetsektor von Berlin

(Nur Antragsteller im Notaufnahmeverfahren)

| | |
|-------------------------------|---------|
| 1949 (ab September) | 129 245 |
| 1950 | 197 788 |
| 1951 | 165 648 |
| 1952 | 182 393 |
| 1953 | 331 390 |
| 1954 | 184 198 |
| 1955 | 252 870 |



| | |
|---------------------------------|---------|
| 1956 | 279 189 |
| 1957 | 261 622 |
| 1958 | 204 092 |
| 1959 | 143 917 |
| 1960 | 199 189 |
| 1961 (1. Januar bis 15. August) | 159 730 |

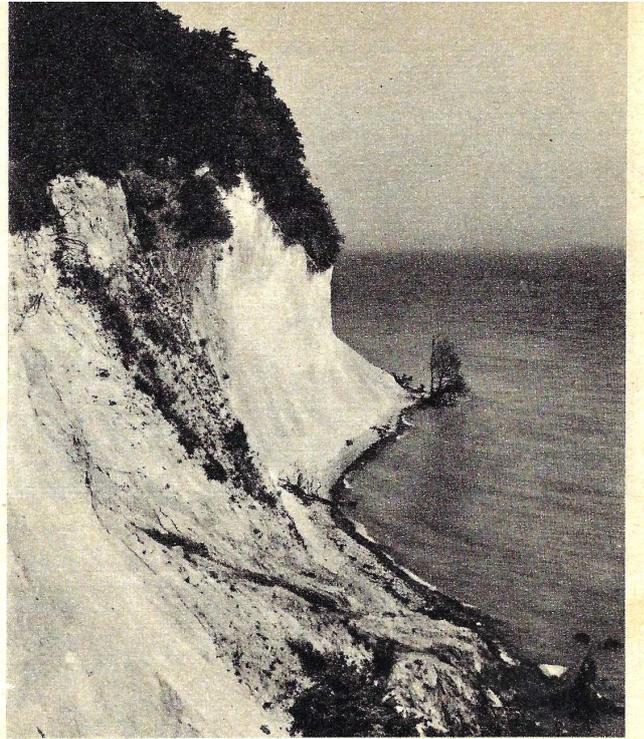
Zu den in der vorstehenden Tabelle aufgeführten 2,7 Millionen Flüchtlingen sind noch mindestens 1 Million Personen hinzuzurechnen, die in den Jahren 1945 bis 1949 aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet flüchteten oder seit 1949 in das Bundesgebiet kamen, ohne die Notaufnahmelager zu passieren. Infolge der kontinuierlichen Fluchtbewegung ist die *Bevölkerungsstruktur* der Sowjetzone und des Sowjetsektors von Berlin überaus ungünstig. Sie ist in stärkerem Maße überaltert als die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland; denn gleichbleibend groß war in allen Jahren seit 1949 (Beginn der Statistik) der Anteil der Jugendlichen unter 25 Jahren an der Zahl der Flüchtlinge — er lag durchweg zwischen 48 und 52 v. H., und ebenso beständig war der Prozentsatz der Erwerbspersonen unter den Flüchtlingen (60,5 bis 62,7 v. H.).

Altersaufbau der Bevölkerung in v. H. (1955–1959)

| Altersgruppen | Sowjetzone u. Ostberlin | SBZ- Flüchtlinge | Bundes- republik |
|-------------------|----------------------------|---------------------|---------------------|
| 65 Jahre und mehr | 13,2 | 5,4 | 10,5 |
| 45 bis 65 Jahre | 28,4 | 18,4 | 26,7 |
| 25 bis 45 Jahre | 21,9 | 25,9 | 25,6 |
| unter 25 Jahren | 36,5 | 50,3 | 37,2 |

Ein weiteres Merkmal in der Zusammensetzung der Bevölkerung der SBZ und Ostberlins ist der Frauen-„Überschuß“: Während in der Bundesrepublik das Zahlenverhältnis zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung 100:112 beträgt, liegt es in der Sowjetzone (einschließlich Ostberlin) mit 100:122 wesentlich ungünstiger; besonders kraß ist das Mißverhältnis in den mittleren Jahrgängen, wo auf 100 Männer im Alter zwischen 30 und 50 Jahren 149 Frauen dieser Altersgruppe kommen (in der Bundesrepublik nur 127).

Die Sowjetzone umfaßt alte *Stammes- und Kulturlandschaften*, deren Namen jedem vertraut sind — auch wenn sie in der offiziellen Sprache der Sowjetzone weitgehend ausgemerzt sind. An der Ostseeküste liegen *Mecklenburg* und der westliche Teil *Pommerns* — der Großteil Pommerns allerdings gehört zu den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie; in der Mitte sind *Brandenburg* und *Sachsen-Anhalt* gelegen, im Süden schließen sich *Thüringen* und *Sachsen* an. Groß sind die landsmannschaftlichen und stammesmäßigen Unterschiede in der Zone, und beträchtlich ist auch die Spanne zwischen den niederdeutschen und mitteldeutschen Mundarten.



Insel Rügen. Kreideküste.

Foto: Bundesbildstelle

Die größten Städte in der Sowjetzone

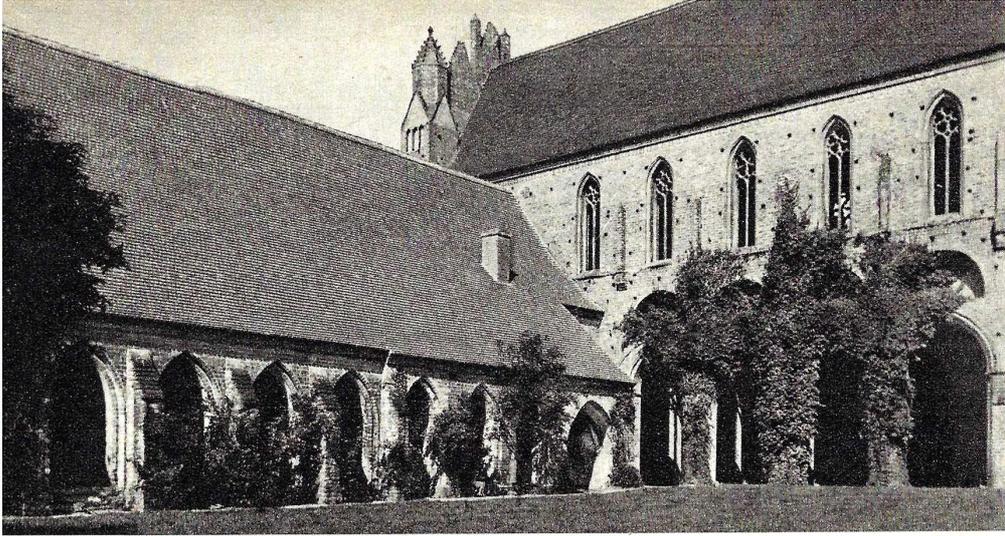
(Einwohnerstand vom 31. Dezember 1959)

| | |
|-------------------------|---------|
| Leipzig | 592 821 |
| Dresden | 493 515 |
| Chemnitz | 286 226 |
| Halle a. d. Saale | 278 700 |
| Magdeburg | 260 618 |
| Erfurt | 186 066 |
| Rostock | 155 351 |
| Zwickau | 129 394 |
| Potsdam | 115 163 |
| Gera | 100 924 |
| Dessau | 93 273 |
| Schwerin | 92 195 |
| Görlitz | 90 658 |
| Brandenburg a. d. Havel | 86 862 |
| Jena | 80 835 |
| Plauen | 79 743 |
| Cottbus | 66 099 |
| Stralsund | 65 283 |
| Weimar | 63 996 |
| Frankfurt a. d. Oder | 56 480 |

Blankenburg
(Sachsen-Anhalt)
mit Blick
auf den Harz.

Foto: Bundes-
bildstelle





Kloster Chorin
(Brandenburg).
Foto: Bundes-
bildstelle

Die Länder sind in einer sogenannten „Verwaltungsreform“ im Jahre 1952 aufgelöst worden, an ihrer Stelle sind ohne Berücksichtigung geschichtlicher, kultureller und landsmannschaftlicher Gegebenheiten und Zusammenhänge 14 Bezirke gebildet worden, die eigentlich nichts anderes darstellen als unter dem Aspekt der Nützlichkeit errichtete Verwaltungseinheiten.

Vielgestaltig ist die Landschaft in der Sowjetzone Deutschlands. Die Ostseeküste ist hier — im Unterschied zu der hinterpommerschen Küste — stark gegliedert. Charakteristisch sind die Bodden, runde oder zerlappte Einschnitte im Küstenverlauf; sie bieten sich als natürliche Häfen an. Zahlreiche Badeorte sind an der mecklenburgisch-pommerschen Küste gelegen. Ein breiter Höhenzug mit sanften Hügeln und vielen Seen zieht sich durch Mecklenburg und Brandenburg, Ablagerungen aus der Eiszeit; Hügel, Wald und See bilden hier im Gleichklang ihrer Urtümllichkeit eine idyllische Landschaft. Im mittleren Teil der Zone sind verschiedenartige Landschaftsformen zu finden: der gebirgsartige Harz mit dem Brocken (1142 m) als höchstem Berg Mitteldeutschlands, die schweren und fruchtbaren Böden beiderseits der Elbe und die karge Mark Brandenburg mit Sandböden und ausgedehnten Kieferwäldern. In der Leipziger Bucht ragt die norddeutsche Tiefebene am weitesten nach Süden. Über Thüringen und Sachsen breitet sich zwischen den Mittelgebirgen (Thüringer Wald, Sächsisches Mittelgebirge, Erzgebirge und Elbsandsteingebirge) eine industriereiche Hochebene aus.

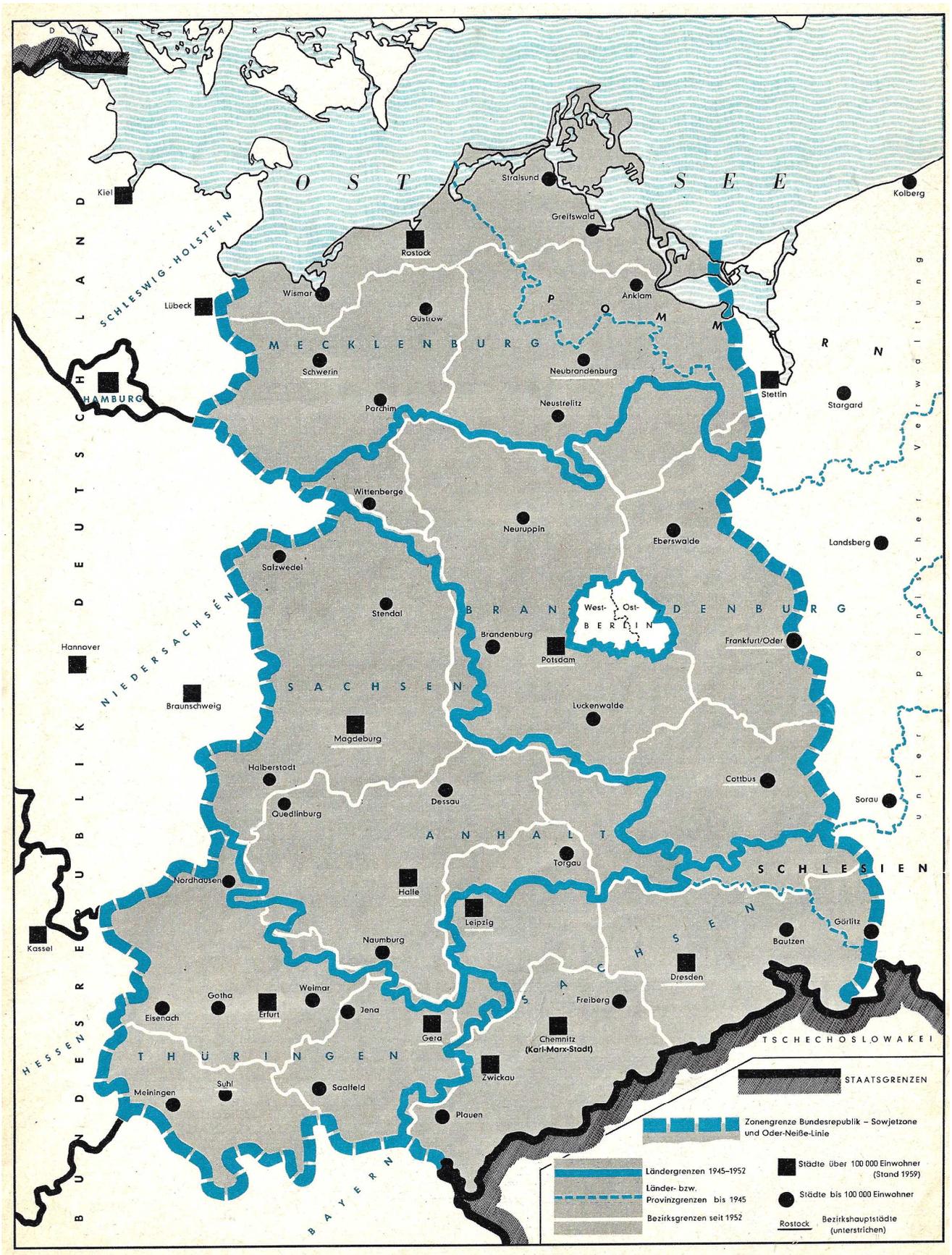
Die Thomaskirche in Leipzig.

Foto: Bundesbildstelle



An Bodenschätzen weist die Sowjetzone vor allem umfangreiche Braunkohlenlager auf, die im Tagebau gefördert werden können. Die Hauptgebiete befinden sich in der Lausitz, wo in der Nähe von Hoyerswerda auf den Braunkohlevorräten mit großem Aufwand ein Industrie-Großkombinat zur Erzverhüttung, Kokserzeugung und Energiegewinnung errichtet wurde; ein anderes Braunkohlegebiet findet sich bei Leuna-Merseburg. — Geringfügig ist dagegen das Steinkohlevorkommen (im Raum von Zwickau-Chemnitz). Auch an Erzen hat die Sowjetzone keine allzu großen Vorkommen aufzuweisen; die Vorräte des Erzgebirges (das früher an Silber-, Blei- und anderen Erzlager reich war) sind längst erschöpft, und auch der Kupferschiefer des Mansfelder Gebietes ist abgebaut. Eine bedeutende wirtschaftliche (und auch politische) Rolle spielt dagegen der Uranbergbau im Erzgebirge und Vogtland (um Aue, Johanngeorgenstadt und Falkenstein) und in Thüringen (um Ronneburg); schon unmittelbar nach Kriegsende begann die Sowjetunion, die Uranvorkommen abzubauen. Erwähnenswert ist noch der Kalibergbau, vor allem am Südharz und beiderseits der Saale. Fast zwei Drittel der deutschen Kalivorkommen liegen in der Sowjetzone. Sie erreicht allerdings bei der Förderung von Kali infolge der unzureichenden technischen Ausstattung nicht die Produktion der Bundesrepublik, liegt aber in der Weltzeugung hinter den USA und der Bundesrepublik an dritter Stelle.

In diesen Landschaften zwischen Elbe und Oder liegen viele Schauplätze deutscher Geschichte und zahlreiche Stätten großer deutscher und europäischer Kulturleistung, von denen hier nur einige wenige erwähnt werden können. Längs der Ostseeküste zieht sich der Kranz der alten Hansestädte hin, deren Profil von backsteingotischen Kirchen, Rathäusern und Wehranlagen geprägt ist. In Mitteldeutschland nahm im 16. Jahrhundert die Reformation ihren Anfang, in Eisleben wurde Martin Luther geboren, und dort starb er auch, und in Wittenberg schlug er 1517 seine „95 Thesen“ an das Portal der Schloßkirche. Die Stadt Halle mit ihrer 1694 gestifteten Universität war besonders im 17. und 18. Jahrhundert ein Mittelpunkt deutschen Geisteslebens. Mit der Wartburg sind viele Momente deutscher Geschichte verbunden: Minnesang und Deutscher Orden, Luthers Bibelübersetzung und studentische Neuerungsbewegung im 19. Jahrhundert. Über Weimar und Jena leuchtet der Glanz der deutschen Klassik und Romantik. Dresden war (bis zu der Bombennacht im Februar 1945) mit den Barockbauten Augusts des Starken das „Elbflorenz“, und Leipzig ist als Buch- und Messestadt weltbekannt. Lessing, Klopstock, Gottsched, die in Mitteldeutschland geboren wurden oder wirkten, sind Repräsentanten deutschen Geistes und Bach, Händel, Schumann, Mendelssohn und Wagner Vertreter deutscher Musikalität mit weltweitem Rang. Diese Landschaften steuerten so Wesentliches zum deutschen und europäischen Kulturgeflecht bei, daß ihr Beitrag einfach nicht fortzudenken ist.



Die *staatliche und nationale Wiedervereinigung* ist das unverrückbare und grundsätzliche Ziel deutscher Politik. Dies hat die Regierungserklärung vom 29. November 1961 anlässlich des Amtsantritts des vierten Kabinetts Adenauer von neuem festgestellt.

Es geht dabei weniger um die Restitution eines staatsrechtlichen Besitzstandes, sondern um die *Einheit der Nation*, um die Wiedervereinigung mit den 17 Millionen Deutschen hinter dem „Eisernen Vorhang“. Sie sind — wie im nachfolgenden dargelegt wird — Objekt eines konsequenten Sowjetisierungsprozesses, der die äußeren Lebensverhältnisse radikal umgestaltet und nach der marxistischen Doktrin, daß „das Sein das Bewußtsein bestimmt“, die Wandlung des Menschenbildes zum „Menschen neuen Typs“ betreibt. Angesichts der kommunistischen Anstrengungen, die gesamtdeutschen Zusammenhänge und Familienbindungen zu zerreißen, wird die Willensäußerung, daß sich das deutsche Volk nicht trennen läßt, immer dringlicher.

Das *nationale Selbstbestimmungsrecht* ist zu einem Ordnungsprinzip geworden, das weltweite Geltung gefunden hat; es muß auch in Deutschland und für das deutsche Volk gelten: Das deutsche Volk muß die Freiheit haben, selbst zu bestimmen, in welcher politischen und gesellschaftlichen Ordnung es leben will. Diese Forderung ist jetzt das Grundanliegen der gesamtdeutschen Politik, in der mithin neben dem Begriff „Wiedervereinigung“ das Prinzip „Recht auf freie Selbstbestimmung“ vorrangig geworden ist.

II. DIE GRUNDZUGEDER POLITISCHEN ENTWICKLUNG

1. Die „antifaschistisch-demokratische Ordnung“

- 8. 5. 1945 Kapitulation der deutschen Wehrmacht
- 11. 6. 1945. Wiedergründung der KPD
- 13. 6. 1945 } Gründung des FDGB und der FDJ als „Mas-
- 26. 6. 1945 } senorganisationen“
- 14. 7. 1945 „Einheitsfront der antifaschistisch-
- demokratischen Parteien“
- 2. 8. 1945 Potsdamer Abkommen
- 31. 8. 1945 Beginn der „Bodenreform“
- 30. 10. 1945 „Sequesterbefehl“ zur Enteignung
- der Industrie
- 15. 4. 1946 Zwangsfusion von SPD und KPD zur SED
- 20. 12. 1947 Absetzung Jakob Kaisers und Ernst Lemmers
- als Vorsitzende der CDU in der SBZ

Im Unterschied zu ihren westlichen Verbündeten hatte die Sowjetunion am Ende des zweiten Weltkrieges ganz konkrete Vorstellungen über ihre *Deutschland-Politik*. Das

besiegte, von der Hitler-Herrschaft befreite und völlig erschöpfte Deutschland müßte mit Hilfe der Roten Armee und nach den Gesetzen des Historischen Materialismus über kurz oder lang kommunistisch werden. Von Deutschland aus sollte — im Sinne der Losung Lenins: „Wer Deutschland besitzt, hat Europa“ — der Brand der kommunistischen Weltrevolution über die von den Kriegswirren geschwächten Länder Europas getragen werden.

Zunächst hatte sich auch Stalin an den Erörterungen über die *Zerstückelung Deutschlands* beteiligt, und er hatte — immer um die Schwächung Deutschlands bemüht — die Abtrennung der deutschen Ostgebiete und die Vertreibung der deutschen Bevölkerung eronnen. Aber angesichts der machtpolitischen Verhältnisse im Frühjahr 1945 erschien es ihm nützlich, die Teilungspläne zu verwerfen und auf die Errichtung einer kommunistischen Herrschaft im *Vierzonen-Deutschland* hinzuwirken. Er konnte dabei auf die in der amerikanischen Politik zutage tretende Isolierungstendenz spekulieren: Erklärten doch damals die Amerikaner, sie wollten zwei Jahre nach Kriegsende ihre Truppen aus Europa abziehen.

Systematisch bereitete die Sowjetunion die *Etablierung des Kommunismus* in Deutschland vor. Deutsche Kriegsgefangene wurden auf „Antifaschulen“ zu kommunistischen Funktionären ausgebildet. Noch vor dem Waffenstillstand traf im Okkupationsgebiet der Sowjettruppen die „Gruppe Ulbricht“ ein. Altgediente und neugeworbene, gründlich für die Aufgaben in Deutschland geschulte Kommunisten besetzten die wichtigsten Schlüsselstellungen in der deutschen Verwaltung der Sowjetischen Besatzungszone.

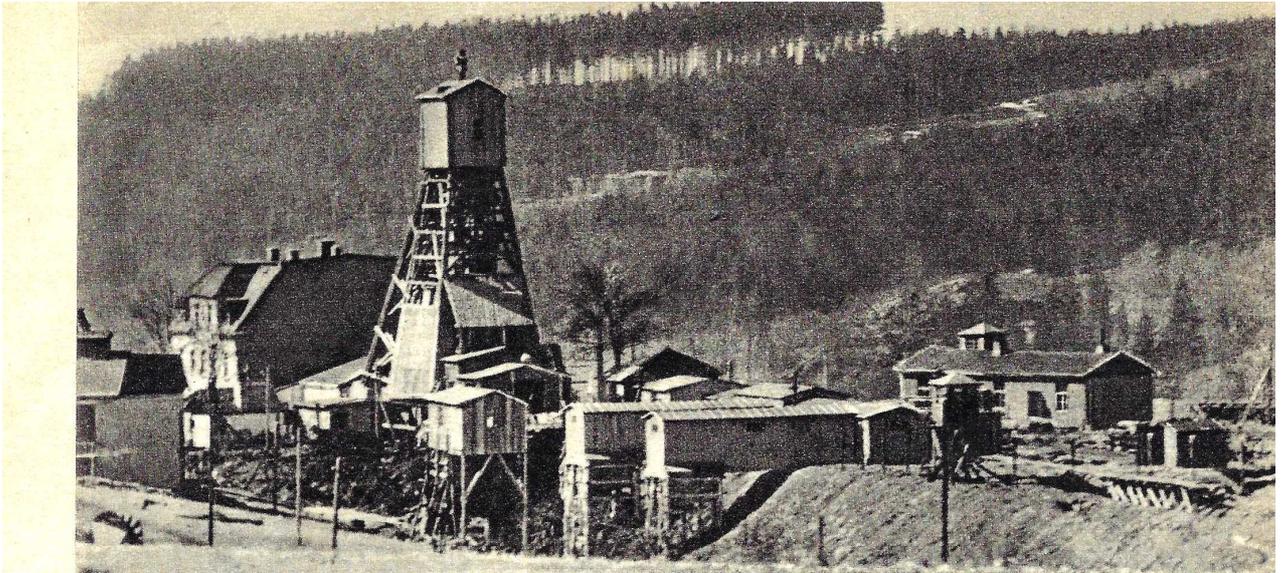
Als erste politische Partei wurde in der Sowjetischen Besatzungszone die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) wiedergegründet. In ihrem Gründungsauftrag vom 11. Juni 1945 versicherte die KPD zwar, daß es nach ihrer Auffassung falsch sei, „Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen“, aber in den Formulierungen dieses Aufrufs kam schon klar das Programm der Bolschewisierung Deutschlands zum Ausdruck: Es gelte, „die Demokratisierung Deutschlands, die 1848 begonnen wurde, zu Ende zu führen“. Hier tritt schon jene für die Kommunisten so typische Umkehrung herkömmlicher Begriffe, die ebenso wie im übrigen sowjetischen Machtbereich immer wieder auch in der weiteren Entwicklung der Sowjetischen Besatzungszone anzutreffen ist, zutage. Ein entscheidender Programmpunkt war die Ankündigung, „einen Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ zu bilden.

Als die Alliierten im *Potsdamer Abkommen* vom 2. August 1945 die politischen und wirtschaftlichen Richtlinien für eine gemeinsame Deutschland-Politik vereinbarten, war formal der Weg zur Sowjetisierung Mitteldeutschlands frei. Mit den im Potsdamer Abkommen nicht weiter umschriebenen Begriffen „Demokratisierung“, „Entmilitarisierung“, „Entmonopolisierung“ usw. konnte die in den



Das in den letzten Kriegstagen schwer beschädigte Schloß des Fürsten Pückler in Muskau, das als „Junkerbesitz“ enteignet wurde und dem Verfall preisgegeben ist.

Foto:
Bildstelle VWD Berlin



Eine bedeutende Stellung im Wirtschaftsimperium der sowjetischen Aktiengesellschaften nahm der Uranbergbau im Erzgebirge ein. Die Sowjets trieben die Gewinnung dieses für die Atombombenproduktion unerlässlichen Rohstoffes unter rücksichtsloser Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft und mit unzulänglichen technischen Mitteln voran.

Foto: Bildstelle VWD Berlin

ersten Nachkriegsjahren durchgeführte Umgestaltung des öffentlichen Lebens verschleiert und sogar als gerechtfertigt bezeichnet werden. Die Forderungen „Zurück nach Potsdam“ und „endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Ordnung“ waren daher fast ein Jahrzehnt lang Leitmotiv der sowjetischen Deutschland-Politik, die über das Potsdamer Abkommen die Ausdehnung des Kommunismus auf ganz Deutschland erhoffte.

Nach der *kommunistischen Theorie* führt die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft vom „Kapitalismus“ zum Kommunismus in bestimmten Etappen oder Perioden. Ein erster Abschnitt ist die Periode der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“, der sich als nächste Phase der „Aufbau des Sozialismus“ und damit der Übergang zur „Volksdemokratie“ anschließt. Der Entwicklungsprozeß führt dann zur „Vollendung des Sozialismus“ und endet schließlich im Kommunismus.

In der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands liefen in der Phase der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ entscheidende und revolutionäre Akte der Umstrukturierung des sozialen Gefüges und der politischen Verhältnisse ab.

In einer sogenannten „Bodenreform“ (Herbst 1945) wurden alle landwirtschaftlichen Privatbetriebe über 100 ha Betriebsfläche und alle Landgüter und Bauernhöfe von „Kriegsverbrechern und Naziaktivisten“ entschädigungslos enteignet. Soweit aus diesem Grundbesitz nicht Staatsgüter („Volkseigene Güter“) entstanden, wurden die enteigneten Ländereien an etwa 210 000 „Neubauern“ — landlose, Bauern, Pächter, Heimatvertriebene, Arbeiter und Handwerker — verteilt. Die Dimensionen dieser Besitzumschichtung werden im Vergleich sichtbar: Die von der „Bodenreform“ betroffenen Flächen entsprechen der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche Dänemarks. Wenn die Durchschnittsgröße der „Neubauernstellen“ lediglich 8 ha betrug, so ist diese Beschränkung der Rentabilität und Lebensfähigkeit schon das Vorspiel zum Prozeß der Kollektivierung, der im Sommer 1952 einsetzte und im Frühjahr 1960 abgeschlossen wurde.

Die *Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in der Industrie und Wirtschaft* setzte ebenfalls im Herbst 1945 ein. Grundlage war der sogenannte „Sequesterbefehl“ der Sowjetischen Militäradministration. Danach wurden zahlreiche auf besonderen Listen aufgeführte Betriebe und

Unternehmen beschlagnahmt. Die Sowjetunion sicherte sich selbst die wichtigsten Schlüsselbetriebe der Industrie; sie machte sich diese Betriebe als „Sowjetische Aktiengesellschaften“ (SAG) in eigener Regie nutzbar und gab sie erst 1953 an die deutsche Verwaltung zurück, die aus den SAG „Volkseigene Betriebe“ (VEB) bildete. Die Masse der auf den „Sequesterlisten“ geführten Betriebe war schon im Frühjahr 1948 in „Volkseigentum“ überführt worden. Ebenfalls entschädigungslos wurden auch Bodenschätze, Bergwerke und Banken verstaatlicht.

Mit den Strukturveränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse ging die Umgestaltung des im Frühjahr 1945 neu beginnenden politischen Lebens einher. Unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht mußte sich die SPD am 15. April 1946 mit der KPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED) zusammenschließen. Viele aufrechte Sozialdemokraten, die sich der Zwangsvereinigung widersetzen, verschwanden in den politischen Internierungslagern (wie z. B. in Buchenwald und Sachsenhausen). Die SED selbst erwies bald ihren eindeutig kommunistischen Charakter: Als „Partei neuen Typs“ begann sie von 1948 an, sich konsequent der sozialdemokratischen Reste in mehreren „Säuberungs“-Wellen zu entledigen.

Nach der Verwirklichung der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ richteten sich die Anstrengungen der sowjetrussischen Besatzungsmacht und der deutschen Kommunisten auf die *politische Entmachtung und Gleichschaltung der bürgerlichen Parteien* — der CDU und LDP. Diese hatten bei den Landtagswahlen im Herbst 1946 — trotz erheblicher Benachteiligungen und Behinderungen — in drei Landtagen eine Vertretung errungen, die der SED kaum nachstand, und in Sachsen-Anhalt (das von jeher als marxistische Hochburg galt) und in Brandenburg sogar eine geringe Mehrheit erzielt. Die bürgerlichen Parteien arbeiten zwar im „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ (14. Juli 1945) mit, aber gegen die totale Gleichschaltung regte sich zunächst erheblicher Widerstand. So hatte sich der Vorsitzende der Ost-CDU, Jakob Kaiser, gegen die Oder-Neiße-Linie gewandt, die Beteiligung der SBZ am Marshall-Plan (1947) empfohlen und die engere Verbindung der Parteien im Blocksystem abgelehnt. Als sich aber dann die Leitung der CDU auch noch weigerte, am „Deutschen Volkskongreß für Einheit und Frieden“ teilzunehmen, zwang die sowjetische Besatzungsmacht die CDU, einen der kommunistischen Politik willfährigen Vorstand zu wählen (20. Dezember 1947). — Auch die Liberaldemokratische Partei verlor bald ihre politische Eigenständigkeit.

Werkzeug der kommunistischen Politik sind die „*Massenorganisationen*“ — mit den Worten Lenins „Transmissionsriemen“ zwischen der kommunistischen Partei und den Bevölkerungsmassen. Die Kommunisten sicherten sich, als im Juni 1945 der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“



Zu den volksdemokratischen Wahlpraktiken gehört es, daß die „Hausgemeinschaften“ geschlossen zur Wahlurne geführt werden. Unter den wachsamen Augen des „Hausobmannes“ darf es niemand wagen, sich der Aufforderung zur offenen Stimmabgabe zu entziehen. Foto: Bildstelle VWD Berlin

(FDGB) als überparteiliche Einheitsgewerkschaft gegründet wurde, von vornherein die wichtigsten Funktionärsposten und Schlüsselstellungen. In gleicher Weise durchsetzten sie die anderen Massenorganisationen, vor allem auch die ebenfalls im Juni 1945 gegründete „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ), der nach dem Willen der Sowjetischen Militäradministration eine Monopolstellung als Staatsjugendverband zukommen sollte. Diese Massenorganisationen wurden in kurzer Zeit zu Nebeneinrichtungen der SED, die von Sekretären der SED gesteuert und kontrolliert werden.

Von erheblicher Bedeutung waren auch die Anstrengungen zur *Umgestaltung des soziologischen Gefüges*: die Enteignung und Diffamierung der Großgrundbesitzer, die Abschaffung des Berufsbeamtentums herkömmlicher Prägung, der Austausch von Lehrern durch kurz ausgebildete „Neulehrer“ und der Richter und Staatsanwälte durch linientreue, parteibewährte „Volksrichter“ und „Volksstaatsanwälte“, die durchweg keinerlei juristische Vorbildung aufzuweisen hatten. Die 1946 durchgeführte „demokratische Schulreform“ zerschlug die traditionelle Schulorganisation und setzte an ihre Stelle die „Einheitsschule“. Mit dieser Bezeichnung wurde aus propagandistischen Gründen an die seit Jahrzehnten wirkende Einheitssschulbewegung angeknüpft.

2. Auf dem Wege zur „Volksdemokratie“

- 18. 3. 1948 2. „Deutscher Volkskongreß“
- 20. 3. 1948 Die Sowjetunion legt den Alliierten Kontrollrat lahm
- 19. 3. 1949 Billigung der „Verfassung der DDR“ durch den „Deutschen Volksrat“
- 7. 10. 1949 Errichtung der sogenannten „DDR“

Im Zusammenhang mit dem weltweiten Zerwürfnis der ehemaligen Kriegsverbündeten brach im Frühjahr 1948 die vom Alliierten Kontrollrat ausgeübte Oberste Regierungsgewalt auseinander, als die Sowjets an ihrer Obstruktion gegen eine konstruktive Lösung der Deutschland-Frage festhielten und beharrlich auf Einrichtung (kommunistisch beherrschter) Zentralbehörden bestanden. Die Demarkationslinie zwischen den westlichen Besatzungszonen und der Sowjetischen Besatzungszone wurde zur Grenze mitten durch Deutschland. Hinter dieser von den Kommunisten seit 1948 und besonders seit dem Früh-

sommer 1952 lückenlos zu einem Stück des „Eisernen Vorhangs“ ausgebauten Zonengrenze schickte sich die Sowjetunion an, eine sogenannte „Deutsche Arbeiter- und Bauernmacht“ aufzubauen, bis der Zeitpunkt für die Machtübernahme in ganz Deutschland kommen würde.

In diesem im Sommer 1948 beginnenden Abschnitt des Übergangs zur „Volksdemokratie“ ist die Weiterentwicklung der SED ein hervorstechendes Merkmal. Unter der Leitung Walter Ulbrichts und in strenger Ausrichtung nach dem Modell der KPdSU erhob die SED den Anspruch, Staatspartei und staatstragende Kraft zu sein. Die „führende Rolle“ der SED als „Avantgarde der Arbeiterklasse“ war von nun an gewährleistet. In diesem Zeitraum vertiefte sich die Spaltung Deutschlands weiter. Im Sommer 1948 verstärkten die sowjetische Besatzungsmacht und die deutschen Kommunisten die Vorbereitungen zur Errichtung eines kommunistischen Staatsgebildes in Mitteldeutschland. Auf Veranlassung der sowjetischen Besatzungsmacht konstituierte sich unter kommunistischer Regie und ohne Wahlen der „Deutsche Volkskongreß“; aus ihm entwickelte sich der „Deutsche Volksrat“, der die „Verfassung der DDR“ ausarbeitete und annahm (19. März 1949).

Die im Frühjahr 1949 durchgeführten „Wahlen“ wiesen alle Merkmale kommunistischer Wahlpraxis auf: Es gab nur die im voraus festgelegte Einheitsliste, und der Wähler konnte sich nur zwischen Ja und Nein entscheiden, soweit ihm der Wahlterror der SED überhaupt noch eine Entscheidungsfreiheit ließ. Trotz Terror, Wahlfälschung und Wahlbehinderung war das Ergebnis von 61,1 v. H. Ja-Stimmen noch nicht das einer „volksdemokratischen“ Wahl. Bei späteren Wahlen allerdings konnte das Regime, das seine Praktiken verbessert hatte, mit anderen Ergebnissen aufwarten: 99,7 v. H. (1950), 99,5 v. H. (1954), 99,9 v. H. (1958) für die „Einheitsliste der Nationalen Front“.

Die Errichtung der sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“ und die Bildung der Sowjetzonen-„Regierung“ (Oktober 1949) sind in diesem Entwicklungsgang kein entscheidendes Ereignis; sie stehen vielmehr im Zusammenhang mit der systematischen Politik der Spaltung Deutschlands und der Errichtung einer „volksdemokratischen Ordnung“ in Mitteldeutschland.

3. Der „Aufbau des Sozialismus“

- 12. 7. 1952 II. Parteikonferenz der SED: Verkündung des „Aufbaus des Sozialismus“, Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft
- 23. 7. 1952 Beseitigung der Länder und Einführung eines zentralistischen Verwaltungsaufbaus
- 9. 6. 1953 Beginn des „Neuen Kurs“

16. und 17. 6. 1953 Volksaufstand in Ost-Berlin und in der Sowjetzone
25. 1. bis 18. 2. 1954 Konferenz der vier Außenminister in Berlin
23. 7. 1955 Genfer Direktive der Regierungschefs an die Außenminister
30. 1. 1957 Vorschlag Ulbrichts für eine „Konföderation der beiden deutschen Staaten“

Der „Aufbau des Sozialismus“ wurde auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 eingeleitet. Abschnürung vom Westen durch den Ausbau der Zonengrenze, militärische Aufrüstung, Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft, Auflösung der Länder durch Errichtung von Bezirken („Verwaltungsreform“), weitere Umgestaltung von Justiz und Hochschulwesen und Verschärfung des Kirchenkampfes — das sind nur einige Stichwörter zur Skizzierung des nunmehr besonders forcierten Sowjetisierungsprozesses.

Lediglich ein zeitliches Intermezzo war der „Neue Kurs“, der wenige Tage vor dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 eingeleitet wurde; er ist nicht als ein Verzicht auf das grundsätzliche Ziel, sondern nur als eine Verlangsamung des Tempos des Sowjetisierungsprozesses zu verstehen.

kommunistischen Machthaber: Mehr als 100 Demonstranten wurden wegen der Teilnahme am Aufstand standrechtlich erschossen oder nach einem Gerichtsverfahren hingerichtet; 1100 bis 1200 Teilnehmer sind zu insgesamt etwa 6000 Jahren Zuchthaus, Arbeitslager oder Gefängnis verurteilt worden.

Auf der Bühne der internationalen Diplomatie versteifte sich zunehmend der sowjetische Widerstand gegen die vom Westen geforderte *Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands* durch freie gesamtdeutsche Wahlen. Die Deutschland-Frage war spätestens zum Zeitpunkt der Berliner Konferenz (Januar bis Februar 1954) in die Problematik der europäischen und globalen Sicherheit eingemündet. Seitdem ist eine Lösung angesichts des Junktims von Wiedervereinigung und Sicherheit nur im größeren Zusammenhang der internationalen Entspannung zu erhoffen.

Im Sommer 1955 vollzogen die Sowjets mit der „Zwei-Staaten“-These — nämlich, daß in Deutschland „zwei Staaten von unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Ordnung“ entstanden seien — eine Wendung in ihrer Deutschland-Politik. Unter Mißachtung der noch auf der Genfer Gipfel-Konferenz (23. Juli 1955) anerkannten Viermächte-Verantwortung verwies die sowjetische Politik fortan die Wiedervereinigungsfrage in die Zuständigkeit

Unaufhörlich ist die mitteldeutsche Bevölkerung der Propaganda des SED-Regimes ausgesetzt. — Im Bild: „Sichtwerbung“ in Erfurt.

Foto: Bildstelle VWD Berlin



Das Regime milderte vor allem den „Klassenkampf“ gegen den Mittelstand und gewährte der Bevölkerung gewisse Erleichterungen, zu denen auch eine großzügigere Handhabung des auch weiterhin reglementierten Interzonenreiseverkehrs gehörte. Zu dieser Revision entschlossen sich die kommunistischen Machthaber angesichts der revolutionären Stimmung der Bevölkerung.

Die Maßnahmen des „Neuen Kurses“ beschwichtigten keineswegs die durch die vorangegangene Sowjetisierungspolitik aufgebrachte Bevölkerung; im Gegenteil, sie wurden als Zeichen der inneren Schwäche des Regimes verstanden und trugen zweifellos zu dem *Juni-Aufstand* bei, der sich an der Frage der (staatlich festgesetzten) Arbeitsnormen entzündete und dann ausgehend von Ost-Berlin wie ein Lauffeuer über die ganze Sowjetzone ausbreitete. Überall war der Volksaufstand eine eindeutige Demonstration gegen das Terrorregime Ulbrichts, und vielerorts war er mit Forderungen nach freien Wahlen zugleich eine gesamtdeutsche Kundgebung. Es ist hinreichend bekannt, daß das Ulbricht-Regime damals nur durch den Waffengebrauch der sowjetischen Besatzungstreitkräfte vor der eigenen Bevölkerung gerettet wurde. Um so durchgreifender war die Vergeltungsjustiz der kom-

der „beiden deutschen Staaten“. Der Begriff der „*Sozialistischen Errungenschaften*“ erhielt nun eine zentrale Funktion in der kommunistischen Wiedervereinigungspolitik: Im wiedervereinigten Deutschland müßten „die Errungenschaften der Werktätigen der DDR fest verankert sein“.

Wie die Sowjetpolitik im globalen Rahmen die „Koexistenz von Kapitalismus und Sozialismus“ propagierte, so empfahl sie für die Lösung der Deutschland-Frage die Annäherung und Verständigung der „beiden deutschen Staaten“, die einen paritätisch zusammengesetzten „Gesamtdeutschen Rat“ (November 1955) errichten oder (seit Anfang 1957) eine „*Deutsche Konföderation*“ eingehen sollten. Das Ziel ist offensichtlich: Die sogenannte „DDR“, deren Dasein nach freien Wahlen beendet wäre, soll zu einem gleichberechtigten Partner bei der Erörterung der Deutschland-Frage gemacht werden. Der Zustand der Teilung Deutschlands soll erhalten bleiben, bis die „gesellschaftlichen Verhältnisse“ der Sowjetzone auf ganz Deutschland übertragen werden können. In dieser Richtung liegen auch die unentwegten Anstrengungen der Kommunisten, dem Regime Ulbrichts die internationale Anerkennung zu verschaffen, die sich bislang auf das „Sozialistische Lager“ beschränkt.



Nach sowjetischem Vorbild wurde auch in der Sowjetzone der polytechnische Unterricht eingeführt. Durch frühzeitige Gewöhnung an die Produktionsarbeit wird die Jugend auf die späteren Anforderungen des kommunistischen Staates an ihre Arbeitskraft vorbereitet. — Schülerinnen u. Schüler bei feinmechanischen Arbeiten in einem Chemnitz Apparatwerk. Foto: dpa

4. Der „Vollendung des Sozialismus“ entgegen

- 10. 7. 1958 V. Parteitag der SED: „Übergang zur Vollendung des Sozialismus“
- 27. 11. 1958 Sowjetischer Vorstoß zur Errichtung einer „Entmilitarisierten Freien Stadt Berlin“
- 10. 1. 1959 Sowjetischer Entwurf für einen Friedensvertrag mit Deutschland
- 2. 12. 1959 „Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens“
- 15. 4. 1960 Abschluß der Zwangskollektivierung des selbständigen Bauernstandes
- 12. 9. 1960 Errichtung des „Staatsrates“
- 13. 8. 1961 Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes in Berlin

Mit der Stabilisierung des Status quo der Teilung Deutschlands ist die weitere „sozialistische Umgestaltung“ in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands verbunden. Das Zwischenspiel des „Neuen Kurses“ war bald vergessen, und in der Sowjetzone Deutschlands gab es — im Unterschied zu anderen kommunistisch beherrschten Ländern — nach dem XX. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) keine Entstalinisierung und keine „Tauwetter“-Periode. Ulbricht, die Zentralfigur des Stalinismus in Deutschland, sorgte für die Kontinuität der Entwicklung.

Auf dem V. Parteitag der SED (Juli 1958) gab Ulbricht den Übergang in die neue Phase der „Vollendung des Sozialismus“ bekannt. Seitdem wird der Sowjetisierungsprozeß in allen Bereichen des öffentlichen Lebens rigoros vorangetrieben.

Hierzu gehört vor allem der weitere *Ausbau der Vormachtstellung der SED*, die mehr und mehr die Lenkung und Kontrolle der staatlichen Verwaltungsarbeit und des Wirtschaftslebens übernahm. Mit der Errichtung des „Staatsrates“ (12. September 1960) und des „Verteidigungsrates“ (20. September 1961) konzentrierte der Erste Sekretär der SED, Walter Ulbricht, alle Macht in seiner Person. Regierung, Verwaltung, Rechtsprechung und Streitkräfte sind nunmehr Ausführungsorgane des von Ulbricht verkörpert und verkündeten Parteiwillens.

In der Phase der „Vollendung des Sozialismus“ ist nach der kommunistischen Doktrin die „Sozialisierung“ der Reste des Privateigentums abzuschließen. In geradezu hektischem Tempo wurde im Frühjahr 1960 der bis dahin nur zum Teil kollektivierter Bauernstand mit Terrormethoden zum Eintritt in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gezwungen. Seitdem gibt es in Mitteldeutschland keine selbständigen Bauern mehr. Weitere Anstrengungen richtete das Regime auf die Kollektivierung der selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden; mit steuerpolitischen Mitteln, mit Repressalien und Vergünstigungen im Wechselspiel von Zwang und Verlockung sollen sie zur Aufgabe ihrer Selbständigkeit zugunsten eines Kollektivs veranlaßt werden (Produk-

tionsgenossenschaften des Handwerks, der Gärtner, der Fischer usw., Kollegien der Rechtsanwälte). Der Beseitigung der Reste der Privatwirtschaft und des noch in privater Hand befindlichen Handels dient die „staatliche Beteiligung“ mit Kapital; sie wird dem Unternehmer aufgezungen, und sie führt zur Umwandlung des Privatbetriebes in eine Kommanditgesellschaft, in welcher der private Unternehmer zum Geschäftsführer mit festem Gehalt bestellt wird.

Die konzentrierten Bemühungen der Kommunisten aber gelten, besonders im Zeitabschnitt seit dem V. Parteitag der SED (Juli 1958), der „sozialistischen Bewußtseinsbildung“. Dem Schulwesen und dem Hochschulwesen sind politische Ziele gesetzt. „Die Schule hat die Jugend auf das Leben und die Arbeit im Sozialismus vorzubereiten“, so heißt eines der Grundprinzipien des „Gesetzes über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens“ (1959), das an die Stelle des Schulreformgesetzes von 1946 getreten ist. Ein Merkmal des Schulwesens der Sowjetzone ist die auf Vorstellungen von Karl Marx beruhende „polytechnische Erziehung“, d. h. die Verbindung von Schulunterricht mit Produktionsarbeit, etwa in Form des „Unterrichtstages in der sozialistischen Produktion“.

Die breit angelegte *atheistische Propaganda* und der Versuch, die christlichen Sakramente und Handlungen (Taufe, Kommunion und Konfirmation, Eheschließung und Begräbnis) durch pseudosakrale Staatsakte („Kindesweihe“, „Jugendweihe“, „sozialistische Eheschließung“, „sozialistisches Begräbnis“) zu ersetzen, sind Ausdruck des Kampfes gegen Religion und Kirche, der zuweilen auch Formen der Verfolgung annimmt. Die von Ulbricht auf dem erwähnten V. Parteitag verkündeten „Zehn Gebote der sozialistischen Moral“ sollen zur Richtschnur einer Erziehung ohne Gott und ohne christliche Ethik werden.

Rücksichtslos zerstört das Regime die *gesamtdeutschen Verbindungen und Traditionen* und menschlichen Bande: Die kommunistisch beherrschte Bevölkerung wird vom freien Teil Deutschlands isoliert, damit das Regime hinter einem undurchdringlichen Eisernen Vorhang ohne Rücksicht auf die abendländischen Überlieferungen und Lebensformen den „neuen sozialistischen Menschen“ heranbilden kann. Die künstliche Grenze durch Deutschland soll derart stabilisiert werden, daß nicht nur die von den Kommunisten propagierten „zwei deutschen Staaten“ international anerkannt werden, sondern daß auch ein tiefer Riß im deutschen Volk entsteht.

Im Sinne ihrer „Zwei-Staaten“-These verweigern die Sowjetunion und die Kommunisten in der Sowjetzone Deutschlands dem deutschen Volk das *Recht auf freie Selbstbestimmung*. Statt dessen versuchen sie in der internationalen Politik immer wieder, Teilfragen des Deutschland-Problems dramatisch hochzuspielen und in ihrem Sinne zu regeln. Hierzu gehören die erstmals am 27. No-

vember 1958 ultimativ vorgetragene und später in verschiedener Form wiederholte Forderung nach Umwandlung West-Berlins in eine „Entmilitarisierte Freie Stadt“ und der Entwurf für einen Friedensvertrag (10. Januar 1959), der nach den sowjetischen Vorstellungen mit den „beiden deutschen Staaten“ abzuschließen ist oder, wenn dies nicht erreichbar ist, durch einen Separatfrieden mit dem Zonenregime vorweggenommen werden soll. Die Vorschläge der Sowjetunion zielen darauf ab, die Viermächte-Verantwortung für die Wiedervereinigung Deutschlands abzulösen und die Spaltung völkerrechtlich zu sanktionieren. Auf weite Sicht gesehen aber soll — wie aus dem sowjetischen Entwurf zu schließen ist — die Bundesrepublik Deutschland aus dem westlichen Bündnisystem herausgelöst und für die Machtübernahme durch den Kommunismus reif gemacht werden.

Infolge der von den Kommunisten verursachten internationalen Spannung erweiterte sich im Sommer 1961 der seit 1945 unablässige Flüchtlingsstrom zu einer Massenflicht. Das Regime Ulbrichts ergriff am 13. August 1961 Gewaltmaßnahmen in Berlin, um die Fluchtbewegung zum Stillstand zu bringen: Die Sektorengrenze zwischen dem Sowjetsektor und den Sektoren der westlichen Besatzungsmächte wurde durch Mauern und Stacheldrahtzäune hermetisch abgesperrt. Zugleich wurden die Hindernisse an der 1381 km langen Zonengrenze zur Bundesrepublik und die Zonengrenze um West-Berlin durch mehrfache Stacheldrahtzäune, Minenfelder usw. weiter ausgebaut und die Bewachung verschärft. Seit dem 13. August 1961 gelingt es — im Vergleich mit der Anzahl von Flüchtlingen vor dem 13. August — nur noch wenigen Menschen, in lebensgefährlicher Flucht dem Machtbereich der Kommunisten zu entkommen. Hinter der Ulbricht-Mauer und hinter dem Stacheldraht aber ist die Bevölkerung Mitteldeutschlands einem Terror ausgeliefert, den man als „verspätete deutsche Sonderform des Stalinismus“ bezeichnet hat.

III. UBERBLICK ÜBER DIE GEGENWÄRTIGE GESAMTLAGE

1. Das Herrschaftssystem

Nach der marxistisch-leninistischen Ideologie kann die Arbeiterklasse, sobald sie die „Diktatur des Proletariats“ verwirklicht hat, den Staat als Instrument zur Herrschaft über die Reste der kapitalistischen Klasse beanspruchen. Sie bedarf jedoch selbst der Führung durch eine straff organisierte „Avantgarde“, durch die kommunistische Partei. Daraus leitet die SED ihren Anspruch ab, alle Lebensbereiche der Bevölkerung zu reglementieren und zu überwachen.

Die Position der SED ist dadurch garantiert, daß alle entscheidenden Funktionen in der Partei, im Staatsapparat und in der Wirtschaftsverwaltung mit linientreuen Genossen besetzt sind. Staat und Partei sind schlechthin identisch. Am deutlichsten zeigt sich diese Identifizierung in der Person Walter Ulbrichts, der die gesamte Macht bei sich konzentriert hat.

Die Abhängigkeit der „staatlichen Organe“ vom Parteiwillen kommt bei der Gesetzgebung zum Vorschein, oftmals folgt die Volkskammer oder der Ministerrat unverzüglich den „Empfehlungen“ des Politbüros des ZK der SED. Das politische Geschehen wird ausschließlich von den obersten Gremien der SED festgelegt. Es gibt keine politische Willensbildung von unten her, die von Zeit zu Zeit durchgeführten „Wahlen“ sind nur eine Farce ohne politische Bedeutung. Damit ist der oberste Grundsatz der sowjetzonalen Verfassung „Die Staatsgewalt geht vom Volk aus“ auf den Kopf gestellt. Die Verfassung von 1949 weist im Wortlaut zwar Merkmale der parlamentarischen Demokratie auf, aber in der Verfassungswirklichkeit werden die Grundsätze der Verfassung, vor allem auch die staatsbürgerlichen Grundrechte, ständig verletzt. Ein Merkmal in der Organisation der öffentlichen Gewalt ist das Fehlen der für die Demokratien klassischen Gewaltentrennung. Ein anderes Kennzeichen ist der zentralistische Verwaltungsaufbau nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“. Nach diesem Grundsatz, der von Lenin für die Organisation des Parteiapparates aufgestellt wurde und im ganzen Ostblock auch für die anderen kommunistischen Organisationen und für den Staatsapparat gilt, werden die Organe zwar von „unten nach oben“ gewählt, nach ihrer Konstituierung sind aber die von den übergeordneten Organen gefaßten Beschlüsse für die nachgeordneten Organe ohne Vorbehalt verbindlich.

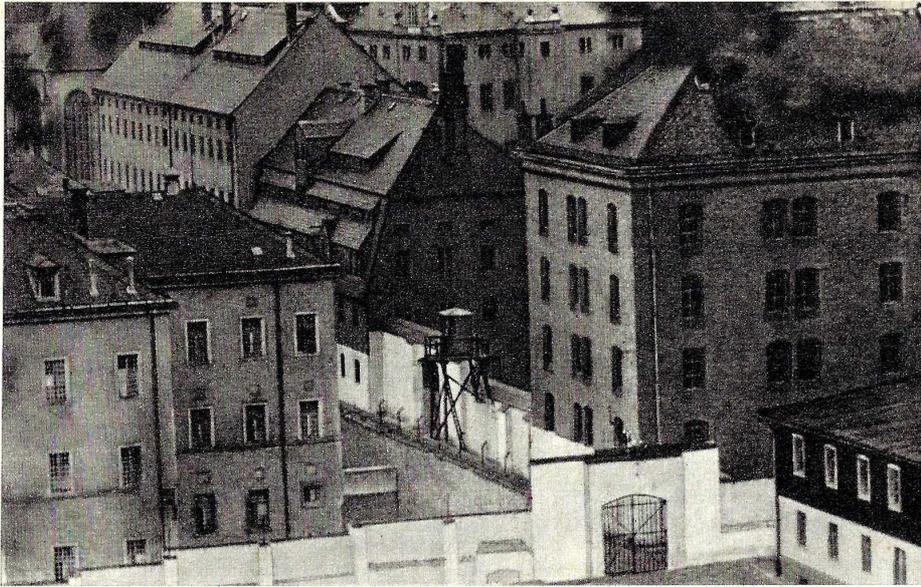
Zur Sicherung seiner Herrschaft bedient sich das Regime des Staatssicherheitsdienstes, einer Geheimpolizei, die von einem eigenen Ministerium angeleitet wird. Seine Hauptaufgabe ist die Verfolgung politischer Gegner, er bedient sich dabei eines weit ausgebauten Netzes von Spitzeln („Geheime Informanten“).

Politische Aufgaben sind auch der Strafjustiz gestellt. Die Rechtsprechung ist nach dem Prinzip der „sozialistischen Parteilichkeit“ ausgerichtet. Anders gesagt, auch die Justiz ist ein „Instrument des Kampfes gegen den Klassenfeind“. Diese Funktion der Justiz ist besonders auch nach dem 13. August 1961 offenbar geworden, als zahlreiche Personen wegen kritischer oder ablehnender Äußerungen zu den Sperrmaßnahmen abgeurteilt wurden. Gegenwärtig sind mindestens 10 000 Personen aus politi-

„Sozialistische Eheschließung“ unter roten Fahnen und Bildern der kommunistischen Führer in einem volkseigenen Betrieb.

Foto: Bildstelle VWD Berlin





Das berüchtigte
Zuchthaus Wald-
heim, das seit 1945
als Kerker für
Zehntausende von
Gegnern des Re-
gimes gedient hat.
Foto: Bildstelle
VWD Berlin

schen Gründen inhaftiert. Neue, dem sowjetischen Strafrecht entnommene Strafarten wurden nach dem 13. August 1961 in der Zone eingeführt: die Deportation und die Einweisung zur Zwangsarbeit, letztere wird in besonderen Arbeitslagern, die Konzentrationslagern gleichen, vollstreckt.

Typisch für die Sowjetzone Deutschlands, die sich zum „Weltfriedenslager“ rechnet, ist die *militärische Aufrüstung*. Sie begann bereits im Jahre 1948, also lange vor dem Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik, und wurde besonders auch nach dem 13. August 1961 in Form des „Aufgebots der FDJ“, das schon damals einer Wehrpflicht gleichkam, stark forciert. Am 24. Januar 1962 wurde von der Volkskammer ein Gesetz über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht verabschiedet, das auch — unter Verletzung des Viermächte-Status von Berlin! — den Berliner Sowjetsektor miteinbezieht. Während in der Bundesrepublik das Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes mit der Waffe sowohl im Grundgesetz wie auch im Wehrpflichtgesetz verankert ist, sieht das Gesetz der Volkskammer das Recht auf Wehrdienstverweigerung nicht vor. Nach den Erklärungen führender Funktionäre wird auch in der Praxis niemand die Möglichkeit erhalten, sich aus Gewissensgründen dem Dienst in den Streitkräften zu entziehen. Es ist unverkennbar, daß die „bewaffneten Kräfte“ — nicht nur die „Nationale Volksarmee“, sondern vor allem die kasernierten und mit mittelschweren Waffen ausgerüsteten Polizeieinheiten — zum Schutze des Regimes gegen etwaige „konterrevolutionäre“ Handlungen der eigenen Bevölkerung geschaffen sind. — Der vormilitärischen Ausbildung von Jungen und Mädchen dient die 1952 gegründete „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST), den Charakter einer Bürgerkriegsarmee haben — wie der Einsatz am 13. August 1961 zeigte — die „Kampfgruppen der SED“.

Stärke der „bewaffneten Kräfte“ (Januar 1962)

| | |
|--|---------|
| Nationale Volksarmee | 200 000 |
| Davon: Heer | 126 000 |
| Luftstreitkräfte | 10 000 |
| Seestreitkräfte | 14 000 |
| Kommando Grenze | 50 000 |
| Bereitschaftspolizei | 30 000 |
| Volkspolizei | 68 000 |
| Transportpolizei | 8 500 |
| Berliner Bereitschaftskommandos der Volkspolizei | 3 700 |
| Wachregiment Berlin (SSD) | 3 000 |
| Kampfgruppen der SED | 350 000 |
| Gesellschaft für Sport und Technik (GST) | 400 000 |

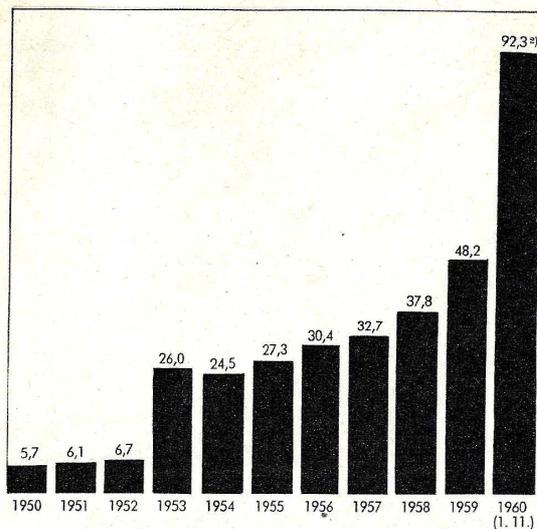
Der Terror ist lediglich das *eine* Mittel des kommunistischen Herrschaftssystems zur Durchsetzung seiner politischen Ziele, gepaart mit dem Terror ist stets die *Propaganda*, die im totalitären Bereich bekanntlich eine zentrale Funktion der „*Bewußtseinsbildung*“ besitzt. Alle Mittel zur Beeinflussung des öffentlichen Lebens — wie Presse, Rundfunk, Fernsehen, Film und Literatur — werden vom Propagandaapparat des Zentralkomitees der SED koordiniert und überwacht. Die Uniformität der Presse in der Sowjetzone ist das Symptom für das Fehlen der Meinungsfreiheit. Nach dem Gesetz „Steter Tropfen höhlt den Stein“ werden die Propagandaparolen eingehämmert und ständig wiederholt. Wie in der Sowjetunion so ist auch in der Sowjetzone die „Sichtwerbung“ mit Spruchbändern, Plakaten, mit Bildern Ulbrichts usw. ein Mittel der kommunistischen „Massenarbeit“.

Parade der „Nationalen Volksarmee“ am 1. Mai 1961
in Ostberlin. Foto: Bildstelle VWD Berlin



Die Kollektivierung der Landwirtschaft

Anteil des „sozialistischen Sektors“¹⁾ an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in v. H. (jeweils 15. 6.).

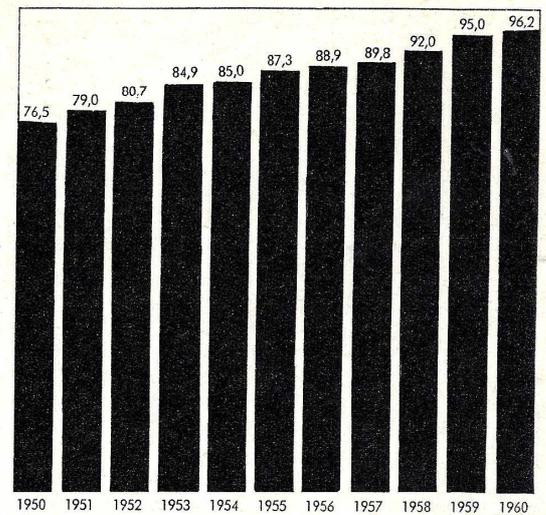


¹⁾ Volkseigene Güter (seit 1949), Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (seit Juli 1952), Örtliche Landwirtschaftsbetriebe (seit 1953), sonstige staatlich gelenkte Landwirtschaftsbetriebe.

²⁾ Bei den restlichen 7,7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche handelt es sich um Gartengrundstücke, kleine Parzellen und ähnliche praktisch nicht kollektivierbare Flächen.

Der Verstaatlichungsprozeß der Industrie

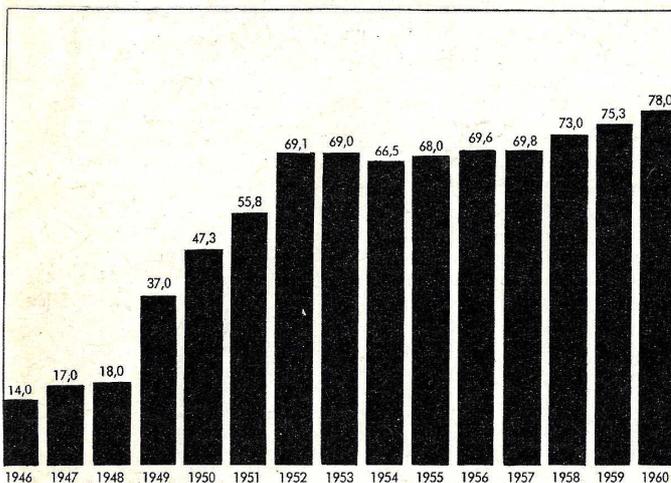
Anteil des „sozialistischen Sektors“¹⁾ an der Bruttoindustrieproduktion in v. H.



¹⁾ Volkseigene Betriebe (seit 1945), von 1946–1953 auch sowjetische Aktiengesellschaften, genossenschaftliche Betriebe, Betriebe mit staatlichen Beteiligungen.

Die Verstaatlichung des Einzelhandels

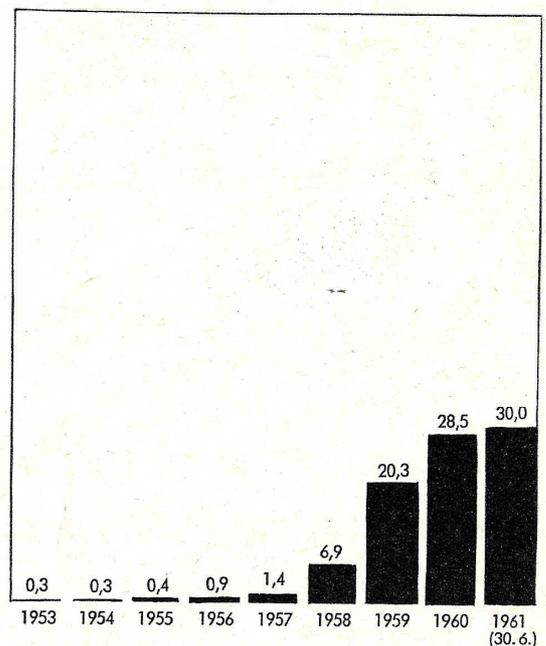
Anteil der „sozialistischen Betriebe“¹⁾ am gesamten Umsatz in v. H.



¹⁾ HO (seit 1948), Industrieläden (seit 1952), Konsumgenossenschaften, Betriebe mit staatlichen Beteiligungen.

Die Kollektivierung des Handwerks

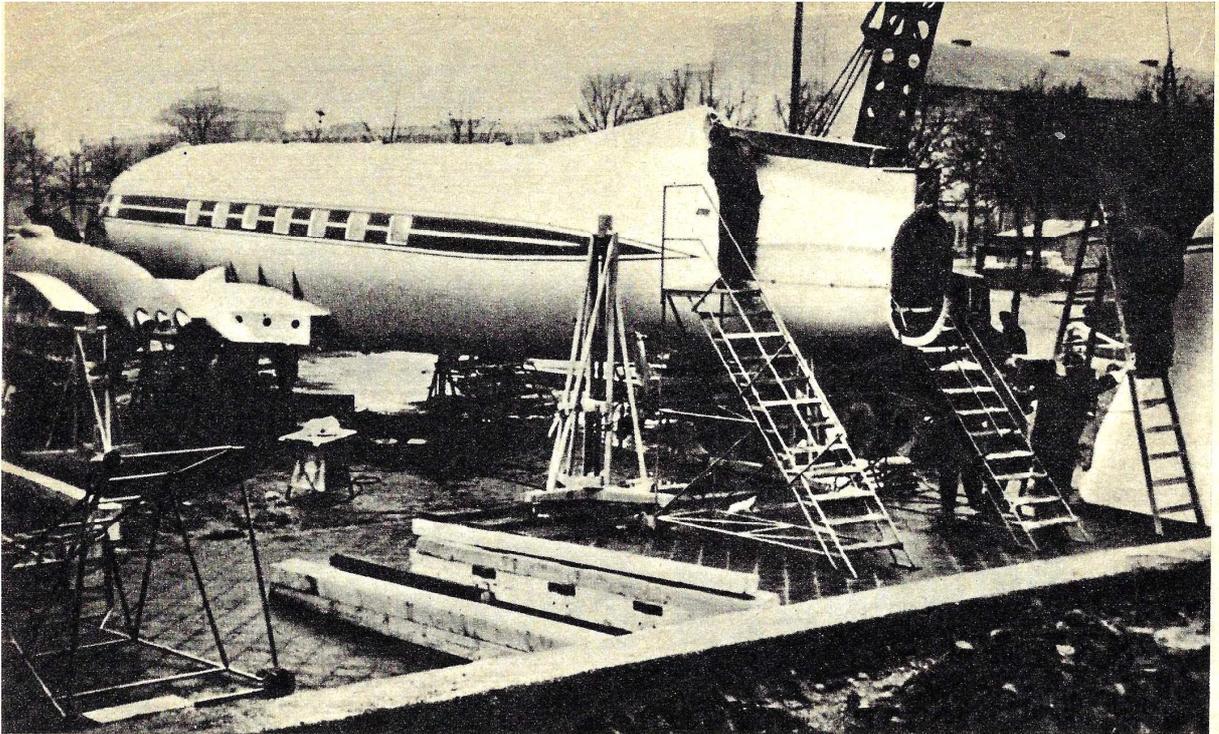
Anteil der Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH) an der Leistung des Handwerks in v. H.



2. Die wirtschaftliche Situation

Von der freien Marktwirtschaft unterscheidet sich das kommunistische Wirtschaftssystem vor allem durch das Prinzip der *zentralen Planung*. Das ganze Wirtschaftsleben ist nach dem „Plan“ ausgerichtet. Sogenannte „Perspektivpläne“ (Fünfjahrplan, Siebenjahrplan) legen die

wirtschaftliche Entwicklung für bestimmte Zeiträume fest; der „Volkswirtschaftsplan“ gilt jeweils für ein Kalenderjahr. Über den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ des Sowjetblocks (auch COMECON genannt) sind die Pläne der Ostblockländer aufeinander abgestimmt.



Am Schicksal der Flugzeugindustrie wird die Ausrichtung der mitteldeutschen Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Sowjetblocks deutlich. Nachdem beträchtliche Summen in die Entwicklung und den Bau von Flugzeugen investiert worden waren, wurde im Jahre 1960 dieser ganze Industriezweig stillgelegt. Flugzeuge werden nur noch in anderen Ostblockländern hergestellt. — Im Bild eines der mit sowjetischer Lizenz in der Sowjetzone gebauten Flugzeuge vom Typ IL 14 auf der Leipziger Messe. Foto: USIS

Oberste Planungsbehörde der Sowjetzone ist die „Planungskommission“, sie ist für Planung und Koordinierung zuständig; der „Volkswirtschaftsrat“ leitet in oberster Instanz die verschiedenen Industriezweige an, ihm obliegt auch die Materialversorgung. Dieses Schema der Leitung und Beaufsichtigung der Wirtschaft ist bis auf die Ebene der Bezirke und Kreise fortgeführt.

In der Wirtschaftspolitik des Regimes nimmt im Rahmen der Industrialisierung des ganzen Ostblocks von jeher der Ausbau der Grundstoffindustrie und der Schwerindustrie den Vorrang ein. Dahinter müssen die Bedürfnisse der Verbraucher zurücktreten. Ständige *Versorgungskrisen* sind das systembedingte Resultat der zentralen Planung und der Vernachlässigung der Verbrauchervünsche. Nur vorübergehend war das Regime — im Zusammenhang mit der generellen Politik des Ostblocks — um den wirtschaftlichen Wettbewerb mit der Bundesrepublik bemüht: Auf dem V. Parteitag der SED (Juli 1958) wurde als „ökonomische Hauptaufgabe“ die Losung „Die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch ein- und überholen“ ausgegeben. Um dieses Programm ist es still geworden. Stattdessen soll in einer neuen „ökonomischen Hauptaufgabe“ die Wirtschaft „störfrei“ gemacht werden; d. h. die Wirtschaft soll vom Interzonenhandel unabhängig werden und aus ihren gesamtdeutschen Wirtschaftsverbindungen gelöst werden. Zweifellos steht diese Absicht im Zusammenhang mit den Integrationsbestrebungen des Ostblocks, die auch in der *Einführung sowjetischer Industrienormen* in der Sowjetzone zum Ausdruck kommt.

Zum Ausgleich der Produktionsverluste, die aus der Umstellung der Wirtschaft zur Beseitigung der Abhängigkeit vom Interzonenhandel und zur Eingliederung in den Ostblock herrühren und im übrigen auch mit dem Verlust an Arbeitskräften infolge der Sowjetzonenflucht zusammenhängen, strebt das Regime die weitere Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft an. Ein Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ist in der kommunistischen

Arbeitspolitik seit jeher die Wettbewerbsbewegung. Das im September 1961 mit erheblichem Propagandaaufwand zentral organisierte „Produktionsauflauf“ unterscheidet sich jedoch grundsätzlich von den vorangegangenen mit Geldleistungen („Aktivistenprämien“ usw.) verbundenen Wettbewerben; denn sein Motto lautet: „In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren.“ Auf diese Weise will das Regime die äußerst delikate Frage der Normenerhöhung (die seinerzeit den Anstoß für den Juni-Aufstand gegeben hatte) in seinem Sinne regeln.

Die *Sozialisierung und Kollektivierung* der Reste des Privateigentums erscheint dem Regime gegenwärtig unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes als ein vordringliches Ziel. Zwar war in einer gewaltigen Terrorkampagne im Frühjahr 1960 die totale Kollektivierung des selbständigen Bauernstandes erzwungen worden, aber der Kollektivierungsprozeß ist noch nicht abgeschlossen; denn zahlreiche „Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften“ bestanden nur formal, sie hatten (bis zum Herbst 1961) noch nicht mit der „genossenschaftlichen Arbeit“ begonnen. Hier entwickelt das Regime von neuem seine ideologisch-politische Aktivität, um die „sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft“ auch im Alltag des Bauern sichtbar zu machen. Zugleich wird der Übergang von der unteren in die höhere Kollektivierungsstufe propagiert.

Die Fortschritte der Sozialisierung der Industrie sind am Anteil der „sozialistischen“ und „halbstaatlichen“ Industriebetriebe an der Bruttoindustrieproduktion erkennbar: Im Jahre 1950 wurden von den „Volkeigenen Betrieben“ (VEB) und von den Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) — „halbstaatliche“ Betriebe gab es damals noch nicht — 76,5 v. H. der Bruttoindustrieproduktion erzeugt; 1960 betrug ihr Anteil bereits 96,2 v. H.; für die private Industrie verbleiben somit lediglich 3,8 v. H.

Auch die Umsätze des privaten Einzelhandels sind weiter zurückgegangen: von 52,7 v. H. (1950) auf 22,0 v. H. (1960). Am Großhandel sind private Unternehmen nicht mehr beteiligt (siehe Graphiken auf Seite 13).

3. Der Mensch im Wirkungsfeld der kommunistischen Macht

Nach dem „Aufbau der volkse demokratischen Ordnung“ richtet sich der Hauptangriff der Sowjetisierung gegen den Menschen als Individuum. Die „sozialistische Bewußtseinsbildung“ steht seit dem V. Parteitag der SED (Juli

1958) im Mittelpunkt der Agitation und Propaganda der SED.

Seitdem versucht das Regime in zunehmendem Maße, die *Verbindungen zum Westen* zu zerreißen. Seit 1957 ist der Interzonenreiseverkehr stark gedrosselt. Die Sperrmaßnahmen vom 13. August 1961 haben für die Kommunisten eine doppelte Funktion: Sie sollten nicht nur den Flüchtlingsstrom zum Stillstand bringen, sondern sind auch eine Barriere, hinter der die Kommunisten ihren „Sozialismus“ aufbauen und zu verwirklichen gedenken; die Absperrung von allen westlichen Einflüssen erscheint ihnen hierzu unbedingt erforderlich. Nur an wenigen Übergangsstellen an der Ulbricht-Mauer in Berlin und an der Zonengrenze wickelt sich noch ein — früheren Zahlen gegenüber — spärlicher Interzonenreiseverkehr in West-Ost-Richtung ab.

Die Kommunisten wollen zudem auch verhindern, daß unkontrollierte Informationen von der Bundesrepublik in die Zone gelangen. Aus dem gleichen Grunde ging das Regime konsequent gegen den Empfang westlicher Rundfunk- und Fernsehsendungen vor. In einer progromartigen Aktion der FDJ „*Blitz kontra Nato-Sender*“ wurden allorts die Fernsehantennen zerstört, die auf westlichen Empfang gerichtet waren. Eine breite Propaganda-Kampagne mit zahllosen „Selbstverpflichtungen“ und Boykott-handlungen begleitete den Antennen-Sturm.

Die Aktion der FDJ ist nur eine Erscheinungsform des *Gesinnungsterrors*, der seit dem 13. August 1961 in der Sowjetzone herrscht. Die SED hat ein ganzes System von Maßnahmen zur Diffamierung und Ausschaltung tatsächlicher oder vermeintlicher politischer Gegner und Andersdenkender erlassen. Hierzu gehört die öffentliche Verurteilung durch „Arbeitergerichte“, durch „Ehrengerichte“, die Brandmarkung vor „Einwohnerforen“ und Betriebsversammlungen und die Anprangerung in der Presse. Diese künstlich entfachte Hetzstimmung und die Aufputschung des Mobs mit der Aufforderung „Dem Klassenfeind die Faust ins Gesicht“ bestimmten wochenlang nach dem 13. August 1961 das Alltagsleben in der Sowjetzone.

Dabei traten auch die „Ordnungsgruppen der FDJ“ in Erscheinung, die an den Streifen der Hitlerjugend erinnern. Die Aktivierung der *Jugend* und ihre Zwangsverpflichtung zu dem „Aufgebot der FDJ“ können indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dem Regime trotz größter Anstrengungen nicht gelungen ist, in 17jähriger

Die Flucht von Hunderten von Angehörigen der Volkspolizei und Volksarmee nach dem 13. August beweist, daß selbst die ausgesuchten Wachformationen nicht im Sinne des Regimes zuverlässig sind. Foto: Conti-Press



Das System der gelenkten Wirtschaft in der SBZ ist nicht in der Lage, die Bevölkerung mit den notwendigen Gütern zu versorgen. Auch im Jahre 1961 sind Schlangen vor den Lebensmittelläden kein ungewöhnlicher Anblick. Foto: dpa

kommunistischer Herrschaft die Jugend Mitteldeutschlands (die niemals freiheitliche Verhältnisse als Vergleichsmöglichkeit kennengelernt hat) für sich zu gewinnen. Im Gegenteil, das SED-Regime selbst hat eingestanden, daß die Jugend nicht nur indifferent, sondern ablehnend dem Regime gegenübersteht. Die Jugend war auch Träger des aktiven Widerstandes, der nach dem 13. August 1961 in Form von Demonstrationen zum Vorschein kam.

Die ideologische „Überzeugungsarbeit“ gilt besonders der *studentischen Jugend*. Die Universitäten und Hochschulen sind bevorzugtes Angriffsziel des Gesinnungsterrors und der kommunistischen Agitation, seitdem erichtlich ist, daß dort die Resistenz, auch gegen den Eintritt in die „bewaffneten Kräfte“, stark verbreitet ist. Ebenso ist auch die politische Schonzeit für die sogenannte „Intelligenz“ vorüber: Hochschullehrer, Ärzte, Künstler, Lehrer, Ingenieure und Techniker sind vor die Wahl gestellt, entweder ein offenes Bekenntnis zur „Arbeiter- und Bauernmacht“ abzulegen oder als „Feinde der Republik“ geächtet zu werden. In diesem Zusammenhang ist eine Äußerung des für Wissenschaft- und Hochschulfragen im Zentralkomitee der SED zuständigen Funktionärs, Kurt Hager, aufschlußreich: „Der 13. August ... hat dazu beigetragen, Klarheit in den Köpfen zu schaffen. Er hat viele Illusionen und Vorurteile zerstört ...“

Die aggressive Politik der SED seit dem 13. August 1961 führte in allen Schichten der Bevölkerung zu Reaktionen der Opposition und Selbstverteidigung. Wenn auch die Bevölkerung mit Gewalt niedergehalten wird — es liegen sichere Anzeichen vor, daß das Regime unmittelbar nach dem 13. August mit einer Volkserhebung in Art des Aufstandes vom 17. Juni gerechnet hatte —, so ist doch der Widerstand latent vorhanden. Die feindselige Stimmung der Bevölkerung hatte auch Auswirkungen innerhalb des Parteiapparates; zahlreiche Funktionäre und Parteimitglieder wurden wegen „Kapitulantenentums“ gemäßregelt oder aus der SED ausgeschlossen, weil sie in Diskussionen mit der Bevölkerung nicht entschieden die Sperrmaßnahmen des Regimes verteidigten.

Eine Untersuchung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen kommt zu dem Schluß, daß infolge der Ereignisse des 13. August 1961 zwar Verbitterung, Niedergeschlagenheit, Furcht und Verzweiflung in der Sowjetzone weit verbreitet sind, daß aber unterschwellig der Widerstand lebendig ist. „Die mitteleuropäische Bevölkerung gibt die Hoffnung auf ein besseres Leben nicht auf, weil ein Leben ohne Hoffnung unerträglich ist. Es ist die Verpflichtung nicht nur der Bundesrepublik, sondern der Westmächte überhaupt, diese Hoffnung durch ihre Politik zu rechtfertigen und zu stärken.“



Türen und Fenster zum freien Teil Deutschlands sind zugemauert. Nach dem Willen der Machthaber soll es zwischen den Menschen hüben und drüben keine Verbindung mehr geben.
Foto: USIS

WISSENSWERTES — KURZ GEFASST

In der Sowjetzone Deutschlands und in Ost-Berlin

leben 17 Millionen Deutsche unter der kommunistischen Diktatur Ulbrichts,
wird 17 Millionen Deutschen das Selbstbestimmungsrecht verweigert,
gibt es bei den „Wahlen“ nur die Einheitsliste der kommunistisch beherrschten „Nationalen Front“,
herrscht in der Rechtsprechung der Grundsatz „Das Recht muß der Arbeiter- und Bauernmacht dienen“,
überwachen 13 000 Dienstgrade der Geheimpolizei (Staats-sicherheitsdienst) alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens,
gibt es mindestens 10 000 politische Häftlinge in Zuchthäusern, Gefängnissen und Haftarbeitslagern,
darf das in der Verfassung garantierte Streikrecht nicht ausgeübt werden,
gibt es keine Wiedergutmachung an der jüdischen Bevölkerung für die Verfolgung durch den Nationalsozialismus.

sind Industrie und Handel größtenteils verstaatlicht oder in anderer Form „sozialisiert“,
ist das Regime bestrebt, die Privatwirtschaft und das private Gewerbe völlig zu beseitigen,

gibt es seit dem Frühjahr 1960 keinen selbständigen Bauernstand mehr; alle Bauern wurden gezwungen, den „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ beizutreten, ist die kommunistische FDJ die einzige Jugendorganisation; sie erhebt einen Totalitätsanspruch auf die gesamte Jugend, ist die „Erziehung zum Haß“ ein Grundprinzip der Erziehungslehre und Erziehungspraxis,
sind Wissenschaft und Kunst den Dogmen und Zielen des Marxismus-Leninismus untergeordnet,
betreibt das Regime unablässig seine atheistische und kirchenfeindliche Propaganda.

Aus: *Auskunft über die Sowjetzone Deutschlands*. Herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn und Berlin 1960.

LITERATUR-HINWEISE

SBZ von A—Z. *Ein Taschen- und Nachschlagebuch*, 7. Aufl. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn und Berlin 1962. (Mit Literaturangaben.)

Ploetz — *Die deutsche Frage*. Bearbeitet in Verbindung mit anderen von Walther Hubatsch. Ploetz-Verlag, Würzburg 1961. (Mit Literaturangaben.)

Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn und Berlin 1961.

Zur Situation in der Sowjetzone nach dem 13. August 1961. Bericht und Dokumente. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn und Berlin 1961.

Wirtschaftszahlen aus der SBZ. Eine Zusammenstellung statistischer Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin (teilweise im Vergleich zur Bundesrepublik). Bearbeitet von

Dr. Hellmuth Kalus. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Dritte, erweiterte und ergänzte Auflage. Bonn und Berlin 1961.

Deutschland hinter dem Eisernen Vorhang. Sowjetische Besatzungszone. Neu bearbeitet von Eugen Stamm. Tellus-Verlag, Essen 1961.

Wissenschaftliche Interessenten finden eine umfassende Zusammenstellung des einschlägigen Schrifttums in der Bibliographie „*Literatur zur deutschen Frage*“. Bibliographische Hinweise auf neuere Veröffentlichungen aus dem In- und Ausland“. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Zweite, überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1959 (z. Z. vergriffen, 3. Auflage in Vorbereitung). — Hier sind auch die zahlreichen Veröffentlichungen des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, insbesondere auch aus der Reihe „*BONNER BERICHTE AUS MITTEL- UND OSTDEUTSCHLAND*“, aufgeführt.

„Staatsbürgerliche Informationen“, Herausgeber und Redaktion: Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn, Königstraße 85. Verlag und Vertrieb: Universum Verlagsanstalt GmbH, KG., Wiesbaden, Röbelerstraße 7. Druck: HABRA-Kupfertiefdruck, Darmstadt. Manuskript dieser Ausgabe: Dr. Klaus-Eberhard Murawski, Regierungsrat im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn. Gemäß § 2 Erl. BMI v. 25. 11. 1952 über die Errichtung der Bundeszentrale für Heimatdienst wird diese Druckschrift kostenlos abgegeben. Anforderungen sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten (Berufsangabe erforderlich).